

Vielzahl der auf dem Markt befindlichen Ovulationshemmer durchaus berechtigt ist, weil geringfügige Unterschiede in der Zusammensetzung für die individuelle Verträglichkeit bedeutsam sind. Was wäre passiert, wenn nach Aufkommen der ersten Ovulationshemmer eine „Positivliste“ die Entwicklung – um es milde zu sagen – beeinflusst hätte? Mit der Vielfalt des Medikamentenangebots kann man wohl durch Zwang fertig werden – der therapeutische Fortschritt wird aber damit auch niedergezwungen. Die einzige Alternative heißt: umfassende, bessere, intensivere pharmakologische Aus-, Weiter- und Fortbildung der Medizinstudenten und der Ärzte. Ein Mitglied der Kammer für soziale Ordnung sollte einmal einer Fortbildungsveranstaltung beiwohnen. Es wäre sicher beeindruckt davon, mit welcher Intensität nach den Vorträgen die Diskussion um die Einzelheiten des therapeutischen Handelns, darunter auch gerade mit Hilfe des Medikaments, losgeht. Dies zu den Einzelfragen.

Der der Kammer für soziale Ordnung vorgeworfene „großzügige Umgang mit den Tatsachen“ führt bei D. Dr. Müller zu einer besonders interessanten Erwiderung, die deshalb noch beleuchtet werden sollte. In der Tat ist bei der Beratung über die Rentenreform 1956 und 1957 mit vielerlei Prämissen gerechnet worden, darunter auch der fünfprozentigen. Wer die Diskussion damals mitgemacht hat, entsinnt sich noch des Streites um die jeweiligen Versicherungsmathematiker, die man sich gegenseitig vorhielt und gegenseitig trotz einwandfreier wissenschaftlicher Qualifikation nicht anerkannte – ein trauriges Schauspiel. Selbst mit sieben Prozent wurde gerechnet. Nur aber: Warum mischt sich die Kammer für soziale Ordnung und nun auch D. Dr. Müller in die rein parteipolitische Polemik um das Rentenniveau ein? Sicher, die Kammer hat einen Vorschlag, die Rentenberechnung zu ändern, zu aktualisieren – einen diskutablen Vorschlag. Ich habe schon 1960

Vorschläge gemacht, aber inzwischen eingesehen, daß man ein solches Werk, wie es die mühevoll zustande gekommene Rentenreform ist, nicht auf kurzfristige Sicht hin verändern sollte. Das „Rentenniveau“ aber ist eine aktuelle, keine langfristige Tatsache – bei einer Stagnation der Einkommen würde jetzt der Prozentsatz innerhalb von drei Jahren gewaltig in die Höhe schnellen. Will sagen: Die Kammer für soziale Ordnung der

ECHO

Zu: „Inflation der ‚Unfall-Pässe‘ beenden“ in Heft 32/1973, Seite 2063 ff.

„... Die unbestrittene Notwendigkeit einer auf einen Notfall abzielenden gesundheitlichen Dokumentation hat ... zu einer Vielzahl von ‚Gesundheitsausweisen‘ und ‚Unfall-Pässen‘ der verschiedensten Organisationen und Gruppen geführt. Das DEUTSCHE ÄRZTEBLATT spricht sogar von einer ‚Inflation der Unfall-Pässe.‘ (Lahrer-Zeitung, Lahr)

Evangelischen Kirche in Deutschland sei herzlich gebeten, bei der Diskussion von Rentenfragen nicht an der Oberfläche zu argumentieren (was nicht die Denkschrift, sondern lediglich hier der Kammervorsitzende tut). Das Milliardengebäude, an dem die Altershoffnung von fast uns allen hängt, ist dafür zu empfindlich!

Zum Schluß: Ich habe in dem Aufsatz „Die Nostalgie der Kammer für soziale Ordnung“ meine Einstellung wider journalistische Gebräuche dekouvriert. Daß Eberhard Müller ausgerechnet die Bemerkungen über die Unterrepräsentation der Frauen in seiner Kammer äußerst humorlos an den Anfang seiner Polemik stellt, berührt mich schmerzlich. Walter Burkart

ERFAHRUNGEN

Zu dem Leitartikel: „Die eigenen Erfahrungen an den Nachwuchs weitergegeben“, der um Famulaturplätze in Allgemeinpraxen warb:

Viel Ärger, viel Arbeit schrecken die jungen Kollegen

Ich habe nur Erfahrungen mit der Beschäftigung von Assistenten, aber im Prinzip dürfte kein wesentlicher Unterschied zur Famulatur sein: Als ganz unärztlich und abstoßend empfinden die jungen Kollegen etwas, was wir überhaupt nicht mehr bemerken, weil es uns in Fleisch und Blut übergegangen ist: Jeden Fall durch die Brille des KV-Prüfarztes zu betrachten. Einer der Kollegen war so empört über meine Einstellung, daß er sich an das Studium der Vertragsunterlagen machte und mir dann den Bundesmantelvertrag unter die Nase hielt: Erste Aufgabe des Prüfungsausschusses sei die Beratung und erst wenn die nicht begründbaren Überschreitungen weitergingen, kämen Kürzungen in Betracht... Auch bei Neuniederlassungen ist es nach meiner Beobachtung so, daß der Ärger mit den Prüfinstanzen nach ein bis zwei Jahren beginnt, wenn die Praxis so groß geworden ist, daß der Kollege voll ausgelastet ist und keine überschüssige Freizeit für Ärger bereitende Korrespondenz hat. Auch das Finanzamt äußert seine Wünsche in dem Zeitraum, so daß die Freude über wachsende Einnahmen plötzlich zerrinnt und manche optimistische Disposition nicht mehr zu realisieren ist. In der Zeit kommen aber auch häufig niederlassungswillige Bekannte aus der Klinikzeit zu Besuch, um sich nach den Erfahrungen zu erkundigen. Die Quintessenz lautet dann oft pointiert: Viel Arbeit, viel Ärger und finanzielle Sorgen. Ein paar niederschmetternde Bemerkungen aus persönlicher Erfahrung haften aber viel besser als viele entgegengesetzte Worte offizieller Stellen.

Dr. med. Epple
8992 Wasserburg am Bodensee